

Der Dalai Lama und die Tibetfrage

Ungeklärt und unentschieden

Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama, Tenzin Gyatso, Jahrzehnte lang geistliches und weltliches Oberhaupt der Tibeter, gab im März 2011 seinen Rückzug von allen politischen Ämtern bekannt. Tunga Tarodi geht der Frage nach, was dieser Rückzug für die ungelöste Tibetfrage und für das Streben der Tibeter bedeutet.

VON TUNGA TARODI

Nach über einem halben Jahrhundert ist die Tibetfrage nicht nur weiterhin ungeklärt, sondern sie hat im Laufe der Jahre auch an Kontur und Schärfe verloren. Wurde sie früher durch das Charisma und die Führungsstärke des Dalai Lama in das Rampenlicht der internationalen Politik gerückt, so sind die Ziele der Tibeter im Exil eher diffus geworden, seit sich ihre Position vom Eintreten für Unabhängigkeit hin zur Autonomie verschoben hat.

Der Terminus „Tibetfrage“ wird in der internationalen Politik verwendet, wenn es um den umstrittenen Status Tibets geht. 1959 ging der Dalai Lama ins Exil nach Indien und setzte 1960 dort die Regierung-Tibets-im-Exil ein, die sich unter seiner Leitung zu einer demokratisch gewählten Regierung entwickelte. Mit der

freiwilligen Niederlegung seiner säkularen Machtbefugnisse im März 2011 – er bleibt weiterhin das geistliche Oberhaupt des tibetischen Volkes – beendete der Dalai Lama eine Tradition, die bis auf das Jahr 1642 zurückgeht. Was bewog ihn zu dieser Entscheidung?

Der Dalai Lama im Ruhestand

Seit der Einsetzung der Exilregierung 1960 hat sich diese schrittweise weiterentwickelt und weist heute demokratische Strukturen auf, die in Tibet fehlten: die Abgeordneten des Exilparlaments und der Chef der Exekutive, der *Sikyong* [polit. Oberhaupt, Anm. d. Red.], werden vom Volk frei gewählt, und es gibt eine Verfassung, die *Charta der Tibeter im Exil*. Aufgrund seiner historischen Rolle als geistliches und weltliches Oberhaupt stand der Dalai Lama der Regierung-im-Exil vor – er wurde nicht de-

mokratisch gewählt. Von Anfang an delegierte der Dalai Lama immer mehr seiner Machtbefugnisse. Gegen die Wünsche des Parlaments fügte er selbst eine Klausel in die *Charta* ein, die das Parlament ermächtigte, ihn abzusetzen.

In den letzten Jahren hatte Seine Heiligkeit schon mehrfach erwähnt, dass er sich gern zur Ruhe setzen wolle und die Exilregierung nun in der Lage sei, ihre Aufgaben eigenständig wahrzunehmen. In geistlichen Angelegenheiten werde er die Tibeter auch weiterhin leiten. Er machte klar, dass sein Verzicht auf die politischen Funktionen nicht bedeute, dass er die Sache Tibets aufgegeben habe: „Sie alle sollten wissen, dass ich nicht entmutigt bin und die Sache Tibets nicht als verloren ansehe. Ich stamme aus dem Land des Schnees. Alle sechs Millionen Tibeter aus dem Land des Schnees tragen dieselbe Verantwortung für die Sache Tibets. Daher werde auch ich bis zu meinem Tode Verantwortung für die tibetische Sache tragen.“

Von Unabhängigkeit zu Autonomie

Nach seiner Flucht ins Exil trat der Dalai Lama bis Ende der 1980er Jahre für ein unabhängiges Tibet ein. Den Anfang machte er 1959, als er am 20. Juni im indischen Tezpur das [von China 1951 aufgezwungene] *17-Punkte-Abkommen* für nichtig erklärte. In seiner Jahresbotschaft am 10. März 1961 zum Gedenken an den Aufstand 1959 ging Seine Heiligkeit auf die UN-Resolution über die Gewährung von Unabhängigkeit für Kolonien ein und erklärte, dass Tibet, „das bis vor Kurzem unabhängig war, auf den Status einer Kolonie zurückgeworfen wurde“.

China seinerseits richtete 1965 die Autonome Region Tibet (ART) ein. Sie umfasst geografisch das Gebiet, das 1959 als Zentraltibet oder U-Tsang bekannt war. Die östlichen tibetischen Provinzen Kham und Amdo wurden auf die chinesischen Provinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan aufgeteilt. Die Grenzen der Autonomen Region sind seitdem ein permanenter Streitpunkt: das Tibet, von dem der Dalai Lama (und die Exiltibeter) sprechen, ist das Territorium, das alle drei oben genannten Regionen, *Cholka Sum*, umfasst, während sich für die chinesische Regierung die Bezeichnung Tibet nur auf die ART bezieht.

Nach dem Ende von Maos Kulturrevolution [1976] und dem Machtantritt von Deng Xiaoping gab es erstmals Anzeichen für eine Initiative zur Lösung der Tibetfrage. 1982 fanden zum ersten Mal Gespräche zwischen Abgesandten des Dalai Lama und Vertretern Chinas statt. Doch diese Gespräche verliefen ebenso im Sande wie die von 1984, da China sich weigerte, Änderungen am Status Tibets überhaupt zu erwägen und lediglich darauf bestand, dass der Dalai Lama unter den bestehenden Bedingungen nach Tibet zurückkehren solle.

Der offizielle Wendepunkt in der Position des Dalai Lama zur Tibetfrage trat 1987 ein. In seiner Ansprache vor dem Menschenrechtsausschuss des US-Kongresses in Washington D.C. verkündete er den *Fünf-Punkte-Friedensplan*, der die Umwandlung von ganz Tibet in *Abimsa*,

eine Zone des Friedens, vorsah, die Einstellung der chinesischen Politik des Bevölkerungstransfers nach Tibet, die Achtung der fundamentalen Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten des tibetischen Volkes, die Wiederherstellung und den Schutz der natürlichen Umwelt Tibets sowie das Einstellen der Produktion von Kernwaffen und der Lagerung nuklearer Abfälle.

In dieser Rede wiederholte er auch, dass nach dem Völkerrecht „Tibet heute noch immer ein unabhängiger Staat unter illegaler Besatzung ist“, dass man aber, um die Tibetfrage zu lösen, die Bestrebungen und Interessen beider Seiten bedenken müsse. Dieser Plan wurde am 15. Juni 1988 vor den Mitgliedern des Europäischen Parlaments in Straßburg um den sogenannten *Straßburger Vorschlag* erweitert.

Der *Straßburger Vorschlag* stellte einen grundsätzlichen Schwenk von Unabhängigkeit zu Autonomie innerhalb der VR China dar. Der markanteste Punkt darin war der folgende Vorschlag des Dalai Lama: „*Ganz Tibet, wie es als Cholka-Sum (U-Tsang, Kham und Amdo) bekannt ist, soll eine sich selbst regierende demokratische politische Einheit sein im Verbund mit der Volksrepublik China. Die Regierung der Volksrepublik China könnte weiterhin für die Außenpolitik Tibets zuständig sein. Die Regierung Tibets aber sollte über ihr eigenes Büro für Auswärtige Angelegenheiten Beziehungen auf den Gebieten Religion, Handel, Bildung, Kultur, Tourismus, Wissenschaft, Sport und bei weiteren nichtpolitischen Aktivitäten entwickeln und pflegen. Tibet sollte internationalen Organisationen beitreten, die sich mit solchen Aktivitäten befassen...*“

Die VR China wies den *Straßburger Vorschlag* als verkappte Forderung nach Unabhängigkeit zurück. Außer der Forderung nach politischer Autonomie waren auch Fragen zu den Grenzen des autonomen Tibet, der Entmilitarisierung des Gebiets, der Rolle der KPCh und der Art des vorgeschlagenen politischen Systems für Peking inakzeptabel.

Der Vorschlag von Straßburg kann als Ausgangspunkt des Mittleren Weges betrachtet werden.

Die Politik des Mittleren Weges

1991 erklärte der Dalai Lama den *Straßburger Vorschlag* vorübergehend für nichtig, da von chinesischer Seite keinerlei positive Reaktion erfolgt war. Dennoch vertrat er auch weiterhin die Forderung nach „echter Autonomie“ innerhalb der VR China, wenn die Zukunft Tibets zur Diskussion stand.

In den 1990er Jahren gab es etliche Veränderungen auf der internationalen Bühne, an erster Stelle den Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen Supermacht in Asien. Die USA und Großbritannien erkannten beide offiziell Tibet als Teil Chinas an. Auch Indien unterzeichnete 2003 während eines Chinabesuchs von Premierminister Vajpayee eine entsprechende förmliche Erklärung – im Gegenzug für die chinesische Anerkennung Sikims als Teil von Indien.

Neue Initiativen

Aufgrund der veränderten internationalen Situation hat der Dalai Lama in der Autonomiefrage mehr Flexibilität an den Tag gelegt. Er betonte nun die Bedeutung der religiösen und kulturellen Autonomie. Politische und wirtschaftliche Aspekte traten in den Hintergrund. Dazu führte er an, das Modell „Ein Land, zwei Systeme“, das für Hongkong gilt, sei auch auf Tibet anwendbar. Das bedeutete Autonomie unter der Exekutivgewalt der VR China und unterschied sich substantiell von der früher geforderten Demokratie westlicher Art.

2002 wurden, möglicherweise auf Druck des Europäischen Parlaments, die Gespräche von offiziellen Vertretern der tibetischen Exilregierung und der chinesischen Regierung über die Tibetfrage wieder aufgenommen. Aber auch die sieben Gesprächsrunden zwischen 2002 und 2008 brachten keinerlei grundlegende Fortschritte. Im Gegenteil, Peking bestand darauf, der Dalai Lama müsse erklären, dass Tibet seit jeher ein untrennbarer Bestandteil Chinas gewesen sei und noch ist, und bezeichnete ihn nach wie vor als „Separatisten“.

Die Proteste 2008

2008 war China Gastgeber der Olympischen Spiele, während es in aller Welt Protestkundgebungen von Tibetern und Tibetunterstützern gab. Die Proteste innerhalb Chinas, die nicht nur in Lhasa, sondern auch in West- und Südwest-China stattfanden, einschließlich der einstigen tibetischen Provinz Kham und Amdo, unterschieden sich insofern von früheren Protesten, als einige von ihnen gewaltsam waren und nicht von Mönchen angeführt wurden. China reagierte, indem es Panzer und Militär in Marsch setzte und Tibet abriegelte.

Seit 2008 hat es einige bemerkenswerte Äußerungen des Dalai Lama zum künftigen Kurs in der Tibetfrage gegeben. So erklärte er im November 2008 in einer besonderen Botschaft an die Tibeter in Tibet und im Exil, China habe keinerlei positive Reaktion zur Lösung der Tibetfrage gezeigt, und regte an, die Regierung-im-Exil solle eine außerordentliche Versammlung einberufen, um das weitere Vorgehen im Hinblick auf Tibets Zukunft zu diskutieren. Der später dort einstimmig gefasste Beschluss bekräftigte, dass die Exiltibeter weiterhin die Politik des Mittleren Weges unterstützen.

Die beiden letzten sino-tibetischen Gesprächsrunden seit 2008 verliefen wiederum ergebnislos. In seiner Erklärung vom 10. März 2010 sagte der Dalai Lama offen, dass er der Politik des Mittleren Weges verpflichtet bleibe, obwohl es bislang keine positive Reaktion von chinesischer Seite gegeben habe und „wenig Hoffnung [besteht], dass es in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis kommt“.

Alte Tibetfrage - neue Unklarheiten

Was die Tibetbewegung im Exil betrifft, so war das Ziel bis 1988 klar. Auch das im *Straßburger Vorschlag* dargelegte Autonomiekonzept war eindeutig. Später jedoch sorgten Äußerungen über „echte Autonomie“ und die Betonung eher kul-

tureller Faktoren als politischer Autonomie für ein gewisses Maß an Verwirrung. Im Hinblick auf eine politische Lösung des Tibetproblems stellt sich daher die Frage: Was genau ist mit „echter Autonomie“ gemeint?

Das *Memorandum über echte Autonomie* [von der tib. Seite 2008 China vorgelegt, Anm. d. Red.] legt den Schwerpunkt in erster Linie auf Sprache, Religion, Regulierung der Zuwanderung und den Umweltschutz. Konkret gefordert wird die Zusammenfassung aller ethnisch tibetischen Gebiete zu einer einzigen Verwaltungseinheit, was eine Veränderung der heutigen Verwaltungsgrenzen mit sich brächte. Zu Art und Struktur der Autonomie führt das *Memorandum* das Recht der Tibeter an, ihre eigene regionale Regierung zu bilden und Institutionen und Verordnungen gemäß den tibetischen Bedürfnissen und Bestrebungen einzurichten.

Angesichts der Tatsache, dass die tibetische Regierung im Exil demokratisch gestaltet ist und funktioniert, ist nur schwer vorstellbar, wie ein solches System in einen kommunistischen Staat übertragen werden könnte. Auch die *Note zum Memorandum*, die für Klarstellung sorgen sollte, sagt nicht viel darüber aus und betont lediglich, dass die Forderungen weder im Widerspruch zur Verfassung der VR China stünden, noch die Vormachtstellung der Kommunistischen Partei in Frage stellten.

Mittlerer Weg oder Unabhängigkeit?

Eine brisante Äußerung des Dalai Lama in jüngerer Zeit ist seine Akzeptanz des de facto-Status von Tibet als Teil der VR China. Das hat weitreichende Auswirkungen auf die Tibetbewegung unter den Flüchtlingen im Exil, denn Generationen von Exiltibetern haben die Flamme der Tibetbewegung hochgehalten, indem sie den Traum von einem freien Tibet und der Rückkehr in ihre Heimat träumten und hegten.

Wie haben die tibetischen Flüchtlinge den Wechsel der Position aufgenommen? Zunächst einmal ist das tibetische Volk vor der Verkündung des *Straßburger Vorschlags* nicht befragt worden. Dann wurde 1997 die Erwartung geweckt, dass ein Referendum über den künftigen Weg abgehalten werden sollte, das aber nie stattfand: Einer der Hauptgründe dafür war möglicherweise die Haltung des Tibetischen Jugendkongresses (TYC), einer exiltibetischen NGO, die sich für die Unabhängigkeit Tibets einsetzt und die Menschen aufforderte, die Abstimmung zu boykottieren, da die Exiltibeter in Indien kein Recht hätten, ohne die Zustimmung der sechs Millionen Tibeter in Tibet eine Entscheidung über den Status Tibets zu treffen.

Das Eintreten des TYC für den Kampf um völlige Unabhängigkeit steht der Politik des Mittleren Weges des Dalai Lama entgegen. Zwar hat der TYC zu keiner Zeit dessen Autorität als Führer des tibetischen Volkes in Frage gestellt, hat aber von Anbeginn an an seinem Ziel festgehalten, die völlige Unabhängigkeit für *Cholka Sum* anzustreben.

Bei meiner Arbeit vor Ort [in Südindien, Anm. d. Red.] habe ich die Beobachtung gemacht, dass viele Tibeter die Unabhängigkeit wünschen, selbst wenn sie aus Hochachtung vor Seiner Heiligkeit den Mittleren Weg unterstützen. Aber es muss fairerweise auch gesagt werden, dass die meisten einfachen Tibeter in den Siedlungen – das konnte ich bei meiner Arbeit in Bylakuppe 2006 feststellen – sich nicht wirklich im Klaren darüber sind, was die Politik des Mittleren Weges eigentlich bedeutet: Er wurde gleichgesetzt mit Gewaltlosigkeit und mit *Cholka Sum* – für sie war es einfach der „Weg des Dalai Lama“.

Wichtig ist, zwischen der Politik des Mittleren Weges als Strategie einerseits und als Ideologie andererseits zu unterscheiden. Die Aussage des Dalai Lama geht offenbar in Richtung Ideologie, die versucht, die Tibetfrage durch einen Interessenausgleich zwischen China und Tibet zu lösen. Diese Herangehensweise

ist der Hauptgrund dafür, dass die Forderung nach Autonomie verwässert wurde und dass statt der Forderung nach politischer Autonomie mit einer demokratischen Regierung in einem Groß-Tibet in der jüngsten Version bestenfalls noch ein System wie in Hongkong angestrebt wird, bei dem die Herrschaft der KPCh unangetastet bleibt.

Meine Interviews mit den Tibetern in Bylakuppe machten deutlich, dass die Tibeter daran glauben, dass Unabhängigkeit ihr gutes Recht ist. Der Mittlere Weg wird von denen, die sich dafür aussprechen, als Strategie zur Lösung des Problems gesehen, da China so mächtig ist, dass es aussichtslos wäre, sich auf einen Krieg einzulassen. So wird der Mittlere Weg als praktischer Ansatz gesehen, mit dem man den Chinesen vielleicht einige Zugeständnisse abgewinnen oder sie zumindest an den Verhandlungstisch bringen könnte. Der andere wichtige Grund für die ältere und mittlere Generation, sich für diesen Weg auszusprechen, liegt darin, dass sie ihr Vertrauen voll und ganz in die große Weisheit Seiner Heiligkeit setzen.

Gewaltlosigkeit gleich Tatenlosigkeit?

Der Dalai Lama hat kategorisch gefordert, dass im Kampf um Tibet gewaltfreie friedliche Mittel anzuwenden sind. Aber Gewaltlosigkeit, wie der Dalai Lama sie vertritt, lässt keinen Raum z.B. für Hungerstreiks, die einen bedeutenden Teil der Strategie des TYC ausmachen, um auf die Sache Tibets aufmerksam zu machen. Die Spannungen zwischen dem Eintreten des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit und den Methoden des TYC wurden in dem 1998 vom TYC in New Delhi organisierten Hungerstreik unter dem Motto „Fasten bis zum Tode“ deutlich. Nach Meinung des TYC ist ein Hungerstreik „die Methode, die Mahatma Gandhi die Welt gelehrt hat: eine friedliche und demokratische Form des Protestes“. Für den Dalai Lama da-

gegen ist es eine Art Gewalt gegen sich selbst und steht somit im Widerspruch zu den buddhistischen Prinzipien der Gewaltlosigkeit, die auch für politische Aktionen gelten. Wichtig dabei war aber, dass der Dalai Lama auch sagte, er könne ihnen keine alternativen Methoden anbieten und stecke in einem Dilemma.

Die Tibetfrage hat also viele Wandlungen durchgemacht. Dank seines Charismas konnte der Dalai Lama einen grundlegenden Wandel bei der Zielsetzung der Tibetbewegung vornehmen: von Unabhängigkeit zu Autonomie. Und auch wenn die tibetischen Flüchtlinge seine Ansicht nicht völlig teilen, so sind ihre Hochachtung und ihr Vertrauen in ihn doch so groß, dass nur wenige von ihnen die veränderte Haltung ihres Oberhauptes in Frage stellen.

Fazit

Die „Tibetfrage“ mutet allmählich wie ein nebulöses Konglomerat von Forderungen an, die sich auf Menschenrechte, Gerechtigkeit und Umwelt beziehen, wobei aber die entscheidende Komponente, die politische Autonomie, in den letzten Jahren immer mehr in den Hintergrund trat. Insofern ist der Rückzug des Dalai Lama von seinem politischen Amt ein einschneidendes Ereignis: Er lässt der tibetischen Exilregierung zukünftig einen weiten Spielraum hinsichtlich der Interpretation des Begriffs „echte Autonomie“.

Was zählt, ist die Haltung des Dalai Lama, er ist die große Integrationsfigur, der die Tibeter trotz aller Unterschiede – regionale Herkunft, Generation, politische Meinung – zusammenhält. Aus diesem Grund ist sein Vermächtnis in Form einer präzisen politischen Wegweisung von entscheidender Bedeutung dafür, dass die Tibetfrage auch in Zukunft am Leben gehalten und nicht durch untereinander zerstrittene politische Fraktionen zersplittert wird.

Zum Schluss sei hier ein kleiner Ausschnitt aus einem Interview mit einer 68-

jährigen Tibeterin namens Dolma angeführt. Die einzige Verwandte, die sie noch in Tibet hat, ist ihre Schwester, die zurückgeblieben war, als die Familie nach Indien floh. Diese Schwester war schwer krank und hatte Dolma in einem Brief gebeten, nach Tibet zu kommen, um sie noch einmal zu sehen. Doch Dolma sagte zu mir: „Ich will nicht mit einem chinesischen Pass zurückkehren. Wenn ich das tue, dann ist es so, als würde ich all die Jahre meines Lebens verraten, die wir als Flüchtlinge hier in Indien geopfert haben.“

LINKS:

- 📄 Fünf-Punkte-Friedensplan:
<http://tinyurl.com/kfzaoe5>
- 📄 Straßburger Vorschlag:
<http://tinyurl.com/l6ernvg>
- 📄 Memorandum und Note zum Memorandum:
<http://tinyurl.com/l8b4ee2>
<http://tinyurl.com/n28rnk3>
- 📄 Special Message HHDL:
<http://tinyurl.com/mto8dvb>
- 📄 Politik des Mittleren Weges:
<http://mwa.tibet.net/gr/>
- 📄 Tibetbüro Genf
<http://www.tibetoffice.ch/>



DR. TUNGA TARODI (PhD) schrieb ihre Dissertation über „Flüchtlinge, ihre Rechte und ihre Staatsangehörigkeit: Eine Studie zu Tibetern in Karnataka, Indien“. Sie arbeitet in einer NGO in Neu Delhi, Indien.